

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einleitung	1
§ 2	Arbeitsentgelt und sozialversicherungsrechtlicher Beitragsanspruch – die materielle Rechtslage	5
A.	Voraussetzungen der Beitragserhebung – gesetzliche Grundlagen und Rechtsprechung	5
I.	Grundlage des Beitragsanspruchs	5
1.	Versicherungs- und Beitragspflicht im Beschäftigungsverhältnis	5
2.	Arbeitsentgelt als Beitragsbemessungsgrundlage	6
3.	Beitragsrechtliche Verteilung des Entgelts – laufend und einmalig gezahltes Arbeitsentgelt	7
II.	Entstehen der Beitragsansprüche	9
1.	§ 22 SGB IV – Entstehung mit Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen	9
2.	Vom Zuflussprinzip zum Anspruchsprinzip – ein historischer Überblick	10
a)	Übereinstimmung mit dem steuerrechtlichen Zuflussbegriff	10
b)	Ausnahmen bei „krassen sozialversicherungsrechtlichen Nachteilen“	11
c)	Differenzierung nach streitiger und anerkannter Lohnforderung	14
d)	Lösung vom strengen Zuflussprinzip bei Sonderzahlungen	16
e)	Das Fälligkeitsprinzip	20
f)	Das Anspruchs- oder auch Entstehungsprinzip	22
g)	Klarstellung durch den Gesetzgeber – Neufassung des § 22 Abs. 1 SGB IV	25
h)	Entgeltforderung und Beitragsanspruch – der Anknüpfung folgt die Entkoppelung	26
3.	Besonderheiten – einmalig gezahltes Arbeitsentgelt und Wertguthaben	26
III.	Fälligkeit und Verjährung des Beitragsanspruchs	28
1.	Fälligkeit nach § 23 SGB IV	28
2.	Verjährung des Beitragsanspruchs nach § 25 SGB IV	29

Inhaltsverzeichnis

B.	Arbeitsentgelt und Beitragsanspruch anhand aktueller Fallgruppen – die Rechtstatsachen in der Judikatur	29
I.	Ausgezahltes, aber nicht verbeitragtes Arbeitsentgelt – illegale Beschäftigung und Schwarzlohnzahlungen	29
II.	Geschuldetes, aber nicht ausgezahltes Arbeitsentgelt – unstreitige Fälle	32
	1. Zahlungsunfähigkeit oder Insolvenz des Arbeitgebers	32
	2. Behandlung arbeitsrechtlicher Konfliktlösungen – Vergleich, Erlass, Verzicht	33
	3. Verjährung, Ausschlussklausel	34
III.	Tarifvertraglich geschuldetes Arbeitsentgelt	35
	1. Unkenntnis tariflicher Regelungen – allgemeinverbindliche Tarifverträge	35
	2. Einverständliche untertarifliche Bezahlung – Verzicht	37
IV.	Vergütungs- und Beitragsgerechtigkeit bei Leiharbeit	39
	1. Eingeschränkte Gleichbehandlung nach § 10 Abs. 4 AÜG	39
	2. Offene Beitragsansprüche infolge unwirksamer Tarifverträge – der Fall CGZP	43
V.	Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Scheinwerkvertrag und Scheinselbständigkeit	48
VI.	Ansprüche aus Gleichbehandlungsgeboten und die Frage der Lohngerechtigkeit	51
	1. Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung	51
	2. Das Problem Minilohn – die Frage nach der Lohngerechtigkeit	54
	3. Sittenwidrigkeit der Entgeltvereinbarung	61
	4. Beitragsansprüche auf Grundlage von allgemein anerkannten arbeitsrechtlichen Rechtsätzen	62
§ 3	Arbeitsentgelt und Beitragsanspruch im Verwaltungsverfahren – die aktuelle Kontrollpraxis	65
A.	Beitragskontrolle in der Sozialverwaltungspraxis – vom Beitragseinzug bis zur Betriebsprüfung	65
I.	Kontrollverfahren zur Realisierung des Beitragsanspruchs	65
II.	Die laufende Überwachung durch die Einzugsstellen – § 28h Abs. 1 Satz 2 SGB IV	67

Inhaltsverzeichnis

1.	Beitragseinzug durch die Krankenkassen und Meldeverfahren	67
2.	Überwachung der Beitragszahlung	69
III.	Punktuelle Kontrolle durch die Zollbehörden – Ermittlungsbefugnisse der FKS	71
1.	Zuständigkeiten nach dem SchwarzArbG, AEntG und MiLoG	71
2.	Ermittlung von Schwarzlohnzahlungen und Auswertung durch die Rentenversicherungsträger	73
IV.	Turnusmäßige Prüfung durch die Rentenversicherungsträger – die Betriebsprüfung nach § 28p SGB IV	75
1.	Zuständigkeit für die Arbeitgeberprüfung	75
2.	Prüfverfahren	78
3.	Abgrenzung der Kontrollkompetenzen	80
B.	Prüfungsinhalte und Prüfungsumfang	81
I.	Prüfgegenstände nach SGB IV und BVV	81
1.	Melde- und Aufzeichnungspflichten des Arbeitgebers	81
2.	Materielle Prüfungsschwerpunkte und Schwerpunktprüfungen	83
II.	Prüfungsumfang nach Breite und Tiefe	84
1.	Grundsatz der „umfassenden Prüfkompetenz“	84
2.	Stichprobenbeschränkung in der Prüfpraxis	84
3.	Fehlender Bestandsschutz	85
4.	Bestandsschutz durch besondere Anfrage- und Statusverfahren	86
III.	Nacherhebung – der Schätz- und Summenbeitragsbescheid nach § 28f Abs. 2 SGB IV	87
1.	Grundsatz der personellen Bestimmtheit	87
2.	Ausnahme bei Pflichtverletzung durch Arbeitgeber	88
3.	Objektive Verletzung der Aufzeichnungspflicht	89
4.	Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit des Verwaltungsaufwands	91
C.	Aktuelle Fallgruppen – die Umsetzung in der Prüfpraxis	93
I.	Verschleierung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse – ausgezahltes, aber nicht verbeitragtes Arbeitsentgelt	93

Inhaltsverzeichnis

1.	Illegale Beschäftigung und Schwarzlohnzahlungen	93
2.	Das Instrument der Plausibilitätsprüfung	96
3.	Prüferleichterung nach § 14 Abs. 2 Satz 2 SGB IV	99
	a) Hochrechnung des Entgelts auf Bruttobetrag – Nettolohnfiktion	99
	b) Vorsatz als subjektive Tatbestandsvoraussetzung	100
	c) Verwaltungsrichtlinien und Regelbeispiele	100
II.	Geschuldetes, aber nicht ausgezahltes Arbeitsentgelt – unstreitige Fälle	103
	1. Unbeachtlichkeit zivilrechtlicher Durchsetzbarkeit – die Prüfpraxis im Wandel	103
	2. Entgeltbestandteile und privatrechtliche Verfügungsmacht	106
	3. Auswirkungen arbeitsrechtlicher Konfliktlösungen	106
III.	Tarifvertraglich geschuldetes Arbeitsentgelt	109
	1. Kontrolle untertariflicher Bezahlung	109
	2. Umfassende Versicherungspflicht geringfügig Beschäftigter	110
IV.	Vergütungs- und Beitragsgerechtigkeit bei Leiharbeit	113
	1. Beitragsnachforderung infolge unwirksamer Tarifverträge – der Fall CGZP	113
	a) Schätzung aufgrund besonderer „Handlungsrichtlinien“	113
	b) Rückwirkung und Verneinung schutzwürdigen Vertrauens	117
	c) Bedingter Vorsatz in Hinblick auf unwirksame Tarifverträge – 30-jährige Verjährungsfrist	118
	d) Vereinfachungsregeln und die Frage der Beweislast	120
	2. Grenze des Prüfrechts – die materielle Richtigkeitsgewähr von Tarifverträgen	123
	3. Gleichbehandlungsanspruch des § 10 Abs. 4 AÜG im Sozialversicherungsrecht	124

Inhaltsverzeichnis

V.	Fiktives Entgelt auf Grundlage von Gleichbehandlung und Lohngerechtigkeit – die Grenzen des Entstehungsprinzips	126
1.	Geringfügige Beschäftigung und Teilzeit	126
a)	Anwendung tariflicher Normen	126
b)	Keine Anwendung des § 4 Abs. 1 Satz 1 TzBfG	127
2.	Keine Anwendung ausfüllungsbedürftiger Anspruchsgrundlagen	129
D.	Ergebnis: Teilweise Diskrepanz von Beitragsanspruch und Prüfpraxis	130
§ 4	Lösung: Herleitung von notwendiger Prüfungsbreite und materieller Prüfungstiefe	135
A.	Prüfungsbreite – zwischen umfassender Prüfung und Stichprobenbeschränkung	135
I.	Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen und einfachgesetzliche Ausgestaltung	135
1.	Untersuchungsgrundsatz als Ausfluss des Rechtsstaatsprinzips	135
a)	Herleitung und Bedeutung für die Prüfpraxis	135
b)	Ausgestaltung im Sozialversicherungsrecht	138
aa)	Vollständige Beitragserhebung und Optimierung sozialer Leistungssysteme – das Sozialstaatsprinzip	138
bb)	Personelle Bestimmtheit von Beitragsbescheiden – das Sozialversicherungsprinzip	141
2.	Grenzen der Ermittlungspflicht	143
a)	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Verfahrenseffizienz	143
b)	Begrenzung durch Mitwirkungspflichten der Verfahrensbeteiligten	144
c)	In das behördliche Ermessen gestellter Ermittlungsumfang	147
3.	Fazit	150
II.	Einfach- und untergesetzliche Ermittlungsregeln – Prüferleichterungen und Haftungserweiterungen	151

Inhaltsverzeichnis

1.	Personelle Zuordnung, Stichproben und Vereinfachungslösungen nach § 28f Abs. 2 SGB IV, § 11 BVV	151
a)	Verhältnis von Regel und Ausnahme	151
b)	Äquivalenzabweichungen und die Frage der Beitragsgerechtigkeit	152
aa)	Äquivalenz- und Solidarprinzip	152
bb)	Sachgerechtigkeit der Ungleichbehandlung	155
cc)	Äquivalenzdurchbrechung als Ausnahmetatbestand	157
dd)	Restriktive Handhabung des § 28f Abs. 2 SGB IV	163
c)	Umkehrschluss und Bedeutung für § 11 BVV	163
2.	Haftungserweiterung und subjektive Merkmale – §§ 14 Abs. 2 Satz 2 und 25 Abs. 1 Satz 2 SGB IV	166
3.	Fehlen angemessener Risikoverteilung bei Ermittlungsmängeln	169
B.	Prüfungstiefe und materielle Prüfkompetenz	171
I.	Das Entstehungsprinzip und die arbeitsrechtliche Situation als Vorfrage	171
II.	Rechtliche Grenzen der materiellen Prüfkompetenz	174
1.	Präjudizialität – Vorgreiflichkeit des abgeschlossenen Arbeitsgerichtsprozesses	174
a)	Der Kündigungsschutzprozess	174
b)	Der Entgeltprozess	175
c)	Aussetzung des sozialgerichtlichen Streits	179
2.	Tarifvertragliche Regelungen	181
a)	Beidseitige Tarifbindung und Allgemeinverbindlichkeit	181
b)	Arbeitsvertragliche Bezugnahmeklauseln	182
3.	Ausfüllungsbedürftige Rechtssätze – Einschätzungsbefugnis der Sozialversicherungsträger	184
III.	Strukturelles Vollzugsdefizit	189
1.	Im Steuerrecht entwickelte Maßstäbe des Vollzugsdefizits	189
2.	Anwendbarkeit im Sozialversicherungsrecht	190

Inhaltsverzeichnis

3.	Frage nach einem grundlegenden strukturellen Vollzugsmangel	193
4.	Konsequenz der Vollzugsschwäche: Zurück zum Zuflussprinzip?	198
5.	Behebung eines der Beitragsregel gegenläufigen Vollzugs	200
6.	Auftrag an den Gesetzgeber	202
C.	Rechtlicher Bestand durchgeführter Prüfungen – Vorbehalt der Nachprüfung	204
I.	Bestandskraft abschließender Prüfbescheide	204
1.	Immanenter Nachprüfungsvorbehalt in der Prüfpraxis	204
2.	Differenzierung von Erkenntnisgewinnung und abschließender Bescheidung	207
3.	Repräsentativität der Stichprobe	210
4.	§ 11 BVV als untergesetzliche Norm	211
5.	Verbindlichkeit des festgestellten Entgeltanspruchs	212
6.	Blick ins Steuerrecht – Einheit der Rechtsordnung	213
7.	Fazit	216
II.	Materielle Bindungswirkung einer beanstandungsfreien Betriebsprüfung	216
1.	Vertrauensbegründendes Verhalten und Willkürverbot	216
2.	Willensäußerung durch konkludente Erklärung	219
III.	Reichweite des Vertrauensschutzes	223
1.	Differenzierung zwischen Rechtsfehlern und unrichtiger Tatsachenlage	223
2.	Sachlage – kein Vertrauen in zu Recht nicht geprüfte Tatsachen	226
3.	Keine Berichtigung von Rechtsfehlern	228
a)	Vertrauen in zugrunde gelegte Rechtsauffassung	228
b)	Subjektive Schutzwürdigkeit und Sorgfaltsmaßstäbe	229
aa)	Einschränkung bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit	229
bb)	Vertrauensschutz durch Handeln anderer Behörden	231

Inhaltsverzeichnis

cc)	Indienstnahme des Arbeitgebers	233
dd)	Fazit	237
IV.	Vorbehalt der Nachprüfung	238
1.	Sachlich gerechtfertigtes Interesse an der Aufnahme eines Vorbehalts	238
2.	Form und Erklärung des Vorbehalts	240
§ 5	Zusammenfassung und Ausblick	243
	Literaturverzeichnis	249